



## **Kommunismus vs. Demokratie? Zum Einfluss des Kalten Kriegs auf die Wahrnehmungen des Zerfalls Jugoslawiens in der deutschen Politik**

Christian Methfessel / Institut für Zeitgeschichte München – Berlin

Zur Erklärung des Scheiterns der westlichen Konfliktlösungsbemühungen in Reaktion auf den Ausbruch der Jugoslawienkriege in den frühen 1990er Jahren wird in der Forschung immer wieder auf Fehleinschätzungen und irreführende Stereotype verwiesen, die den politischen Entscheidungen zugrunde lagen. So hat Maria Todorova den Begriff „Balkanism“ geprägt, um Repräsentationen der Region als das Unzivilisierte im zivilisierten Europa zu analysieren.<sup>1</sup> Ähnlich argumentierend wirft Brendan Simms der britischen Politik vor, nicht klar Stellung gegen den serbischen Aggressor bezogen zu haben – eine Position, die mit der Darstellung der Kriege als „Stammeskonflikte“ zwischen Parteien, die alle gleichermaßen schuldig seien, einherging.<sup>2</sup>

Mit Blick auf die deutsche Politik zu Beginn der Jugoslawienkriege und die zunehmende deutsche Unterstützung für die Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens vom Sommer 1991 an wird in neueren Studien darauf verwiesen, dass in Deutschland eine Darstellung des Konflikts einflussreich

---

Dieser Beitrag beruht auf einem Paper, das ich am 30. Juni 2023 auf dem Workshop „Democracy and Dictatorship in Twentieth-Century Europe“ an der University of Manchester vorgestellt habe. Ich danke allen Teilnehmenden für Ihr Feedback sowie Hermann Wentker und Tony Krumbholz für eine kritische Lektüre und hilfreiche Kommentare. Die Forschung für den Beitrag wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Forschungsverbunds „Bayerisches Zentrum für Friedens- und Konfliktforschung: Deutungskämpfe im Übergang“ gefördert (Förderkennzeichen 01UG2204A-D).

<sup>1</sup> Maria Todorova, *Imagining the Balkans*, updated edition, Oxford 2009.

<sup>2</sup> Brendan Simms, *Unfinest Hour: Britain and the Destruction of Bosnia*, London 2002, etwa S. 234.

Christian Methfessel

Kommunismus vs. Demokratie? Zum Einfluss des Kalten Kriegs auf die Wahrnehmungen des Zerfalls Jugoslawiens in der deutschen Politik



war, der zufolge Kroatien und Slowenien als zukunftssträchtige Demokratien der serbischen kommunistischen Diktatur gegenüberstanden. Norbert Mappes-Niediek etwa hebt die Relevanz solcher Deutungen hervor. Dabei verzichtet er jedoch auf umfassende Quellenanalysen, sondern konzentriert sich darauf, nachzuweisen, wie irreführend die Demokratie-Diktatur-Dichotomie als Interpretationsrahmen der Jugoslawienkriege ist.<sup>3</sup> Mit Blick auf die Darstellungen in der deutschen Öffentlichkeit argumentiert Margit V. Wunsch Gaarmann in ihrer Analyse der Presseberichterstattung von Dezember 1991 bis Mai 1992, dass auch eher linke Medien wie der *Spiegel*/Serbien mit Kommunismus assoziierten.<sup>4</sup>

### *Antikommunistische Rhetorik im Bundestag*

Im Bundestag waren es zunächst konservative Mitglieder der Unionsfraktion, die Kroatien und Slowenien unterstützten und hierfür Serbien als Bollwerk alter kommunistischer Eliten brandmarkten. Am 21. Februar 1991 verließ Friedrich Vogel (CDU) seiner Sorge Ausdruck, dass „immer noch vorhandene kommunistische Machtstrukturen in Jugoslawien die Verwirklichung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse überall in Jugoslawien behindern.“<sup>5</sup> Und Gerhard Reddemann (CDU) sprach in der gleichen Sitzung davon, dass „in den südlichen Republiken der augenblicklichen Sozialistischen Föderation Republik Jugoslawien [...] der Polizeistaat – egal, ob er nun kommunistisch untermauert ist oder nationalistisch gefüttert worden ist – noch immer in dieser Form besteht.“<sup>6</sup> Günther Müller (CSU) vertrat die Position, dass Kroatien und Slowenien auf

<sup>3</sup> Norbert Mappes-Niediek, *Krieg in Europa. Der Zerfall Jugoslawiens und der überforderte Kontinent*, Berlin 2022, S. 111-112.

<sup>4</sup> Margit V. Wunsch Gaarmann, *The War in Our Backyard: The Bosnia and Kosovo Wars Through the Lens of the German Print Media*, Berlin 2015, S. 78-79.

<sup>5</sup> Deutscher Bundestag, *Stenographischer Bericht*, 9. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 21. Februar 1991 (=BT, 21. Februar 1991), S. 406.

<sup>6</sup> Ebd., S. 413.

Christian Methfessel

Kommunismus vs. Demokratie? Zum Einfluss des Kalten Kriegs auf die Wahrnehmungen des Zerfalls Jugoslawiens in der deutschen Politik



dem Weg zur Demokratie seien, in Serbien jedoch werde ein „gegenteiliger Weg“ beschritten und an „Stelle des Kommunismus“ sei „ein Nationalismus, Sozialismus, Populismus unter großserbischen Vorzeichen getreten“.<sup>7</sup>

Zu dieser Zeit konkurrierten solche Charakterisierungen noch mit positiveren Darstellungen des sozialistischen Jugoslawiens. Hans Modrow (PDS) verwies darauf, dass „Jugoslawien [...] als ein führendes Land der Bewegung der Nicht-Paktgebundenheit allgemeine Anerkennung gefunden und positive Tendenzen in der internationalen Entwicklung sehr beeinflusst“ habe und erinnerte an die lange Zeit guten deutsch-jugoslawischen Beziehungen im zwischenstaatlichen, ökonomischen und touristischen Bereich.<sup>8</sup> Günter Verheugen (SPD) drückte seinen Respekt davor aus, dass es dem jugoslawischen Staatsführer Tito lange gelungen war, das Land unter schwierigen Bedingungen zusammenzuhalten – der erwähnte Abgeordnete Müller reagierte mit dem Zwischenruf „Das konnte Stalin auch!“ – und führte aus, dass Jugoslawien „in der europäischen Linken mit großer Sympathie betrachtet worden“ sei.<sup>9</sup> Dazu passend erzählte Hans Koschnick (SPD), wie er „in jungen Jahren am Straßenbau in Jugoslawien mitgearbeitet hat“.<sup>10</sup>

Koschnick verband diese Sicht auf Jugoslawien mit einer Klage über den Ausbruch der nationalistischen Konflikte dort, ohne eindeutig Position für eine der Parteien zu beziehen – eine Position, die von allen Abgeordneten der SPD und der FDP bezogen wurde.<sup>11</sup> Eine antikommunistisch begründete Unterstützung für Slowenien und Kroatien lässt sich vor allem in den Reden von Abgeordneten der Unionsfraktion aufzeigen. Zudem bezog

<sup>7</sup> Ebd., S. 415.

<sup>8</sup> Ebd., S. 406.

<sup>9</sup> Ebd., S. 409.

<sup>10</sup> Ebd., S. 414.

<sup>11</sup> Ebd., S. 404-405, 408-409, 412-413.

Christian Methfessel

Kommunismus vs. Demokratie? Zum Einfluss des Kalten Kriegs auf die Wahrnehmungen des Zerfalls Jugoslawiens in der deutschen Politik



Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen), der in der DDR als Bürgerrechtler aktiv war, offen gegen Serbien Stellung. Er verwies auf „die serbischen Hegemoniebestrebungen, die Versuche von Teilen der Armee, das alte System zu restaurieren, die andauernden Menschenrechtsverletzungen in Kosovo, aber auch die ungleiche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und den unterschiedlichen Grad von Demokratie“ als die entscheidenden Ursachen für die Konflikte in Jugoslawien.<sup>12</sup>

Zu diesem Zeitpunkt unterstützte die große Mehrheit des Deutschen Bundestags noch die Linie der deutschen Bundesregierung und der Europäischen Gemeinschaft, auf eine demokratische und gewaltfreie Lösung der Konflikte in Jugoslawien bei gleichzeitiger Unterstützung der territorialen Integrität des Landes hinzuwirken.<sup>13</sup> In der Sitzung im Februar stellte selbst unter den antikommunistischen Rednern der Unionsfraktion nur der erwähnte Reddemann den absoluten Vorrang der Einheit Jugoslawiens infrage, wenn er argumentierte, dass es in Europa schon kleinere Staaten als Slowenien und Kroatien gebe und das „Selbstbestimmungsrecht in der Frage der Entwicklung Jugoslawiens an den Anfang“ gestellt werden müsse.<sup>14</sup>

In den folgenden Monaten nahm jedoch die Kritik an Serbien und die Unterstützung für die Bestrebungen Sloweniens und Kroatiens in allen deutschen Parteien (mit Ausnahme der PDS) zu. Am 19. Juni schließlich verabschiedete der Bundestag einen Antrag, der unter anderem folgenden Satz enthielt: „Das Bestreben einzelner Republiken, sich vollständig aus dem bisherigen jugoslawischen Staatsverband zu lösen, kann sich darauf berufen, daß die jugoslawische Verfassung das Recht auf

<sup>12</sup> Ebd., S. 407.

<sup>13</sup> Michael Martens, Citissime nachts – Die deutsche Außenpolitik und der Zerfall Jugoslawiens 1991, in: Südosteuropa Mitteilungen 1 (2023), S. 20-42, bes. S. 24-30.

<sup>14</sup> BT, 21. Februar 1991, S. 413.

Christian Methfessel

Kommunismus vs. Demokratie? Zum Einfluss des Kalten Kriegs auf die Wahrnehmungen des Zerfalls Jugoslawiens in der deutschen Politik



Selbstbestimmung einschließlich der Möglichkeit der Sezession erwähnt.“<sup>15</sup> Für Friedrich Vogel drückte der Antrag auch die Unzufriedenheit des Parlaments mit der – von der Bundesregierung öffentlich befürworteten – Politik der Europäischen Gemeinschaft aus, habe diese doch durch „die ständige Beschwörung der Integrität und territorialen Einheit Jugoslawiens“ die „in die Minderheit geratenden serbischen Kommunisten unterstützt, die um der Macht willen zäh am jugoslawischen Einheitsstaat festhalten“.<sup>16</sup> Wenngleich die Unterstützung für das Selbstbestimmungsrecht Sloweniens und Kroatiens allgemein zunahm, blieb eine solche antikommunistische Rhetorik jedoch die Ausnahme im deutschen Bundestag. Mitglieder der SPD und der FDP rückten vor allem Menschenrechtsverletzungen und den aggressiven Kurs der serbischen Regierung in den Fokus, wenn sie das Festhalten an der Einheit Jugoslawiens hinterfragten.<sup>17</sup> Damit einher ging das Verschwinden von positiven Verweisen auf Titos Jugoslawien bei sozialdemokratischen Abgeordneten.

#### *Hans-Dietrich Genscher und das Auswärtige Amt*

Wenngleich die FDP-Abgeordneten im Bundestag Serbien nicht als kommunistische Diktatur darstellten, so gibt es doch einige Anzeichen, dass eine solche Wahrnehmung eine gewisse Rolle für ein prominentes FDP-Mitglied spielte: Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. In einem Gespräch mit seinem amerikanischen Kollegen James Baker am 20. Mai 1991 etwa sagte Genscher, „dass in Serbien noch die alten Kommunisten

<sup>15</sup> Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Zur Krise in Jugoslawien, Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/795, 18.06.91, S. 2. In Belgrad äußerte Milivoje Maksić, der stellvertretende jugoslawische Außenminister, in Reaktion auf die Resolution „gravierende Besorgnisse“, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (=PA AA), BAV 30-BELG/18368, Telegramm der deutschen Botschaft in Belgrad an das Auswärtige Amt, 18.06.1991.

<sup>16</sup> BT, 19. Juni 1991, S. 2558-2559.

<sup>17</sup> Ebd., S. 2558-66; BT, 15. November 1991, S. 4855-61.

Christian Methfessel

Kommunismus vs. Demokratie? Zum Einfluss des Kalten Kriegs auf die Wahrnehmungen des Zerfalls Jugoslawiens in der deutschen Politik



am Ruder seien“.<sup>18</sup> Zu diesem Zeitpunkt war die deutsche Politik noch im Einklang mit dem Kurs der Europäischen Gemeinschaft, eine Sezession Sloweniens und Kroatiens zu verhindern – eine Politik, die auch von den Vereinigten Staaten unterstützt wurde. Aber nachdem Genscher in Reaktion auf die militärische Intervention der Jugoslawischen Volksarmee (JNA) einen Kurswechsel in der deutschen Politik einläutete und von Juli 1991 an zunehmend das Selbstbestimmungsrecht Kroatiens und Sloweniens unterstützte, führte er solche Charakterisierungen Serbiens an, um die deutsche Position zu rechtfertigen. In einem Treffen mit den Regierungschefs der deutschen Bundesländer am 4. Juli argumentierte er, dass neben nationalen auch „ideologische Gegensätze“ eine Rolle spielten, vor allem „die kommunistische Partei Serbiens und die Armee verharrten in alten Strukturen“.<sup>19</sup> Und in Gesprächen mit dem russischen Außenminister Andrei Kosyrew (am 25. Oktober) sowie dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow (am 26. Oktober) ging Genscher soweit zu behaupten, „dass JUG als erstes Land auf Distanz zu Stalin gegangen sei, heute aber die letzten Stalinisten beherberge“ (zu Kosyrew) sowie „dass gerade in dem Land, das sich als erstes dem stalinistischen Zwang entzogen habe, stalinistisches Gedankengut sich heute durchzusetzen versuche“ (zu Gorbatschow).<sup>20</sup>

Ein solches Verständnis der Situation beruhte nicht auf der Expertise der professionellen Diplomaten des Auswärtigen Amts. Schon im Februar 1988

<sup>18</sup> Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Baker in Washington, 20. Mai 1991, in: Andreas Wirsching/Stefan Creuzberger/Hélène Miard-Delacroix (Hrsg.), Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1991, Berlin 2022 (=AAPD 1991), Dok. 173, S. 700-7, Zitat S. 705.

<sup>19</sup> Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Regierungschefs der Länder in Königswinter, 4. Juli 1991, in: AAPD 1991, Dok. 203, S. 946-57, Zitat S. 954.

<sup>20</sup> Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem russischen Außenminister Kosyrew in Moskau, 25. Oktober 1991, in: AAPD 1991, Dok. 361, S. 1441-50, Zitat S. 1449; Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow in Moskau, 26. Oktober 1991, in: AAPD 1991, Dok. 363, S. 1455-61, Zitat S. 1459.

Christian Methfessel

Kommunismus vs. Demokratie? Zum Einfluss des Kalten Kriegs auf die Wahrnehmungen des Zerfalls Jugoslawiens in der deutschen Politik



hatte der deutsche Botschafter in Belgrad, Hansjörg Eiff, „Stimmen in der internationalen Presse, nicht zuletzt der deutschen“, widersprochen, „die Serbien zu plakativ auf dem Rückweg aus einer ‚guten‘ liberalen Phase in eine ‚schlechte‘ stalinistische sehen“.<sup>21</sup> Und auch wenn Michael Libal, Leiter des für Jugoslawien zuständigen Referats im Auswärtigen Amt, vor allem Serbien die Schuld für die Eskalation der Konflikte in Jugoslawien gab, argumentierte er doch in einer Analyse aus dem Juni 1991, dass Mangel an Demokratie nicht das Hauptproblem sei, die „Demokratisierung“ habe vielmehr „die Konflikte zwischen den Nationen noch angeheizt“.<sup>22</sup> Und als die deutsche Unterstützung für Slowenien und Kroatien kurz darauf zunahm, verwende Libal zwar den Begriff „Nationalkommunismus“, um die serbische Regierung zu charakterisieren, argumentierte jedoch, dass die Frage des politischen Regimes unerheblich für die Erklärung des Konflikts sei:

„Unbestreitbar trägt das serbische Regime noch Züge eines autoritären Nationalkommunismus. Dies erleichtert uns das Eintreten zugunsten der im Zuge demokratischer Prozesse formulierten nationalen Aspirationen von Slowenen und Kroaten. Aber die grundlegende Konstellation wäre kaum anders, wenn in Serbien ein bürgerliches demokratisches Regime herrschte. Der überwiegende Teil der Opposition zu Milosevic ist in der

---

<sup>21</sup> Botschafter Eiff, Belgrad, an das Auswärtige Amt, 15. Februar 1988, in: Andreas Wirsching/Stefan Creuzberger/Hélène Miard-Delacroix/Gregor Schöllgen (Hrsg.), Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1988, Berlin 2019, Dok. 58, S. 338-343, Zitat S. 342.

<sup>22</sup> PA AA, B 42-ZA/163400, M. Libal, Zerfall und Neugründung Jugoslawiens. Thesen und Anti-Thesen, Juni 1991.

Christian Methfessel

Kommunismus vs. Demokratie? Zum Einfluss des Kalten Kriegs auf die  
Wahrnehmungen des Zerfalls Jugoslawiens in der deutschen Politik



nationalen Frage mindestens ebenso radikal, wenn nicht  
radikaler [...].“<sup>23</sup>

### *Fazit und Ausblick*

Den Einfluss von Deutungsmustern aus dem Kalten Krieg auf die deutsche Jugoslawienpolitik genau zu bestimmen ist schwierig. Es spricht viel dafür, dass antikommunistische Denkmuster dazu beitrugen, dass schon im Frühjahr 1991 eine Reihe konservativer Unionspolitiker Slowenien und Kroatien unterstützten. Zur Entstehung des Konsenses zur Befürwortung des Selbstbestimmungsrechts Sloweniens und Kroatiens im Laufe des Jahres hingegen trugen sie nicht bei. In den Reden von Abgeordneten anderer Parteien lassen sich keine solche Deutungen finden, hier stand der Verweis auf serbische Menschenrechtsverletzungen und Aggressionen im Mittelpunkt. Erinnerungen an positive Aspekte des sozialistischen Jugoslawiens, wie sie zunächst noch in Reden sozialdemokratischer Abgeordneter geäußert wurden, verschwanden infolgedessen. Ausführlichere Presseanalysen könnten jedoch aufzeigen, welche Rolle Deutungsrahmen aus dem Kalten Krieg für die Wahrnehmung des Ausbruchs der Jugoslawienkriege und die zunehmende Unterstützung für Slowenien und Kroatien in der breiten Öffentlichkeit spielten.

Mit Blick auf die deutsche Außenpolitik lässt sich beobachten, dass Genscher Serbien als kommunistisch charakterisierte, und das noch zu Zeiten, als das Auswärtige Amt an dem Ziel der Aufrechterhaltung der Einheit Jugoslawiens festhielt. Ob diese Wahrnehmung Genschers Kurswechsel im Sommer 1991 beeinflusste, ist allerdings eine offene Frage.

<sup>23</sup> Vorlage des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Libal für Bundesminister Genscher, 11. Juli 1991, in: AAPD 1991, Dok. 240, S. 990-5, Zitat S. 992.

Christian Methfessel

Kommunismus vs. Demokratie? Zum Einfluss des Kalten Kriegs auf die Wahrnehmungen des Zerfalls Jugoslawiens in der deutschen Politik



Das verstärkte Eintreten für Slowenien und Kroatien lässt sich auch durch den zunehmenden öffentlichen Druck sowie als Reaktion auf die Ereignisse im Krisengebiet erklären.<sup>24</sup> Zudem wurden die Ereignisse in Jugoslawien keinesfalls nur in Deutschland im Rahmen der Denkmuster des Kalten Kriegs gedeutet. Ein Bericht des britischen Foreign Office aus dem Mai 1991 urteilte: „In Serbia an essentially communist (and deeply nationalistic) government was elected. [...] Elsewhere, and in particular within Slovenia and Croatia, the governments are more democratic and free market in character.“<sup>25</sup> Und in einer Debatte des House of Commons fragte der liberale Abgeordnete Russell Johnston am 3. Juli 1991 den konservativen britischen Außenminister Douglas Hurd nach der Intervention der JNA: „Does the Foreign Secretary agree that we are witnessing in Slovenia the same old-style, brutal communist repression that we saw in Budapest, Prague and Berlin?“<sup>26</sup> Dennoch unterschied sich die britische Politik in der zweiten Jahreshälfte 1991 substantiell von der deutschen: London stand dem deutschen Drängen auf eine Anerkennung Sloweniens und Kroatiens äußerst skeptisch gegenüber.<sup>27</sup>

In jedem Fall trugen die Repräsentationen eines kommunistischen Serbiens, das den sich demokratisierenden Republiken Slowenien und Kroatien gegenüberstand, nicht zu einem besseren Verständnis der

<sup>24</sup> Für unterschiedliche Interpretationen der deutschen Jugoslawienpolitik vgl. Michael Libal, *Limits of Persuasion: Germany and the Yugoslav Crisis, 1991-1992*, Westport 1997; Jarek Nikolaus Korczynski, *Deutschland und die Auflösung Jugoslawiens. Von der territorialen Integrität zur Anerkennung Kroatiens und Sloweniens*, Hamburg 2005; Mappes-Niediek, *Krieg in Europa*, S. 109-122; Marten, *Citissime nights*.

<sup>25</sup> The National Archives/London, PREM 19/3989, Douglas Hogg, *Visit to Yugoslavia* (Belgrade and Zagreb): 24-28 February, 5.3.1991.

<sup>26</sup> House of Commons, 3.7.1991, URL: <<https://hansard.parliament.uk/Commons/1991-07-03/debates/b71aa1a5-78c6-4d2e-b046-16d5f9632f/Yugoslavia>> (8.1.2025).

<sup>27</sup> Für eine Gesamtschau auf die westlichen Reaktionen auf den Ausbruch der Jugoslawienkriege vgl. Josip Glaurdić, *The Hour of Europe: Western Powers and the Breakup of Yugoslavia*, New Haven 2011.

Christian Methfessel

Kommunismus vs. Demokratie? Zum Einfluss des Kalten Kriegs auf die Wahrnehmungen des Zerfalls Jugoslawiens in der deutschen Politik



Konflikte im jugoslawischen Raum bei. Im Rückblick steht außer Frage, dass hier auf Denkmuster des Kalten Kriegs zurückgegriffen wurde, um ein Ereignis zu analysieren, das im Rückblick paradigmatisch für Entwicklungen stand, die die Zeit nach Ende des Ost-West-Konflikts charakterisierten. Allerdings war es für zeitgenössische Beobachter nicht abwegig, über eine militärische Machtübernahme alter kommunistischer Eliten besorgt zu sein. Zwei Jahre zuvor hatte die Kommunistische Partei Chinas die Demokratiebewegung in ihrem Land blutig unterdrückt.<sup>28</sup> Und im August 1991 versuchten kommunistische Hardliner den Reformprozess in der Sowjetunion durch einen Coup zu unterbinden. Auch die Militärs, die im Sommer 1991 die Intervention in Slowenien initiierten, verfolgten noch das Ziel, das Jugoslawien Titos zu erhalten. Für die folgenden Gewalteskalationen im serbisch-kroatischen und bosnischen Krieg war jedoch vor allem die serbische Führung unter Slobodan Milošević verantwortlich, und diese verfolgte nationalistische Ziele, ob im Rahmen eines serbisch dominierten (Rest-)Jugoslawiens oder eines größeren Serbiens.

Sicherlich wurde der Aufstieg des Nationalismus in Jugoslawien auch in Deutschland wahrgenommen. Der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl beschrieb die dortigen Konflikte vor allem in diesem Rahmen und verwies hierbei zumeist auf die Geschichte der Region im Zweiten Weltkrieg.<sup>29</sup> Genscher hingegen äußerte in einem Gespräch mit dem jugoslawischen Außenminister Budimir Lončar, dass es derzeit „zwei gegenläufige Prozesse“ in Europa gebe: im Westen die „Integration“, „in anderen Teilen

<sup>28</sup> Zur deutschen Reaktion hierauf vgl. Hermann Wentker, Eine schwierige Partnerschaft. Die deutsche Chinapolitik zwischen menschenrechtlichem Anspruch und ökonomischen Interessen 1989 bis 1996, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 73 (2025), S. 1-41, hier S. 5-10.

<sup>29</sup> Vgl. etwa Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Baker in Washington, 20. Mai 1991, in: AAPD 1991, Dok. 173, S. 700-7.

Christian Methfessel

Kommunismus vs. Demokratie? Zum Einfluss des Kalten Kriegs auf die Wahrnehmungen des Zerfalls Jugoslawiens in der deutschen Politik



[...] dagegen das Wiederaufleben von Nationalismen“. Während sich die erste Entwicklung „kontinuierlich vollziehe“, sei die zweite „vorübergehender Natur“. <sup>30</sup> Tatsächlich waren nationalistische Konflikte weder ein Relikt der Vergangenheit noch eine vorübergehende Erscheinung, vielmehr sollten sie die Dekaden nach dem Epochenwechsel 1989/91 charakterisieren. Und die serbische Regierung stand weniger für ein Überleben vergangener diktatorischer Herrschaftsformen, sondern für das Aufkommen einer neuen Art von Regime – gekennzeichnet von Wahlen, die zwar häufig frei, aber selten fair sind; einem populistischen Anschüren nationalistischer Ressentiments; und einer Ablehnung einer auf Kooperation und Gewaltfreiheit ausgerichteten liberalen internationalen Ordnung, wie sie westeuropäischen Politikern vorschwebte, als der Kalte Krieg zu Ende ging. Ob man sie nun als ‚illiberale‘, ‚gelenkte‘ oder ‚autoritäre‘ Demokratien bezeichnet, solche Regime blieben eine Herausforderung für die europäische Politik.

Christian Methfessel ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München – Berlin und Mitglied des Forschungsverbundes „Deutungskämpfe im Übergang“.

Zitierempfehlung:

Christian Methfessel, Kommunismus vs. Demokratie? Zum Einfluss des Kalten Kriegs auf die Wahrnehmungen des Zerfalls Jugoslawiens in der deutschen Politik, 03.02.2025, [https://www.berlinerkolleg.com/fileadmin/user\\_upload/Transfer/Blogs/methfessel\\_kommunismus\\_2025\\_de.pdf](https://www.berlinerkolleg.com/fileadmin/user_upload/Transfer/Blogs/methfessel_kommunismus_2025_de.pdf) (bitte fügen Sie in Klammern das Datum des letzten Aufrufs dieser Seite hinzu)

<sup>30</sup> PA AA, BAV 30-BELG/18368, Vermerk. Betr.: Gespräch des Bundesministers mit Außenminister Lončar am 06.12.1990 in Bonn.